Dräger-Stiftung

STIFTUNG Marktwirtschaft

Tagungsbericht

Nachdenken über (Ordnungs-)Politik

Welche Folgen haben Beschleunigung und Globalisierung für den „Politikbetrieb"?

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft
und der Dräger-Stiftung
am 29. Januar 2013 in Berlin

web Kurzfilm zur Tagung auf:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Einführung

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

Inhaltsverzeichnis

2 **Einführung**
Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

3 **Die Zeit läuft – und die Politik hinterher? Beschleunigter Parlamentarismus**
Prof. Dr. Norbert Lammert MdB
Präsident des Deutschen Bundestages

5 **Erdrückende Dominanz der kurzen Frist: Wie tickt die Politik aus Sicht der Gehirnforschung?**
Prof. Dr. Gerald Hüther
Universität Göttingen

6 **Knappe Zeit, erschwerte Beratung? Erfahrungen eines Ökonomen aus dem Politikalltag**
Prof. Dr. Lars P. Feld
Sprecher des Kronberger Kreises und Leiter des Walter Eucken Instituts

7 **Gespräch: Bedeuten Beschleunigung und Globalisierung einen Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten?**
Kerstin Andreae MdB
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Klaus von Dohnanyi
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a.D.

Moderation: Margaret Heckel

Impressum / Konzept

Dr. Susanna Hübner
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin
Tel.: (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Kay Herschelmann

„Wir leben in einer Alltagswelt, in der sich die Ereigniskultur auf der einen und die ‚Legislaturperiodenpolitik' auf der anderen Seite ergänzen und in ihrer aufgeregten Kurzatmigkeit noch wechselseitig zu übertreffen suchen", Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, heißt die Teilnehmer der Tagung auch im Namen der Kooperationspartnerin Dräger-Stiftung zum „Nachdenken über (Ordnungs-)Politik" herzlich willkommen. Eilfort betont ausdrücklich, dass die in Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung herbeigesehnte Entschleunigung hin zur politischen Reflektion keine vornehme Form der Technikfeindlichkeit bedeuten soll, und rät auch von Kulturpessimismus ab. Zweifellos stellten die neuen Helfer moderner Kommunikation große Chancen auch für politische Kommunikation dar. Dennoch dränge sich die Frage auf, ob mit dieser Entwicklung nicht der Verlust einer langfristig ausgerichteten Ordnungspolitik einhergehe. „Wohin führt das? Führt es zur Verstärkung der ohnehin ausgeprägten Dominanz des Hier und Jetzt?"

Eilfort erinnert an die beeindruckende Entscheidungsfähigkeit und -geschwindigkeit des Deutschen Bundestages im September 2008 unmittelbar nach der Insolvenz der Lehman Brothers Investmentbank. „Was aber, wenn die Ausnahmesituationen sich häufen und Geschwindigkeit zum Selbstzweck wird," fragt Eilfort die Tagungsteilnehmer. „Was nützt eine Übertragungsgeschwindigkeit 3.0, wenn das Gehirn bei 1.0 bleibt? Und wie kann bei ständig überreizten Leitungen und Sinnen noch innere Ruhe und Zeit zum Nachdenken, also auch für Ordnungspolitik bleiben?" Eilfort überlegt darüber hinaus, ob Ordnungspolitik nicht zur Voraussetzung habe, dass Politik auch über Ziele und Methoden reflektieren kann. Viele Studien kämen zu dem Ergebnis, dass Druck Kreativität behindere und Menschen unter Dauerstress dann häufig intuitiv die bekannte, vertraute Lösung wählten. Diese müsste jedoch nicht die Beste sein. Während der Schuldenkrise bei den kurzfristigen Euro-Stabilisierungsversuchen könne man immer das gleiche Reaktionsmuster beobachten: „Egal, was wie wo brennt, von A wie Athen bis Z für Zypern – das Ergebnis lautet: neue Garantien, neue Schulden", resümiert Eilfort.

„Brauchen wir in der Politik mehr Raum zum Nachdenken? Und könnte oder sollte man das institutionalisieren? Findet Reflektion in ausreichendem Maß oder heute einfach anders statt, z.B. als Schwarmintelligenz via Netz oder ausgelagert in Kommissionen?" Eilfort freut sich auf spannende Gespräche und die Anstöße vom Präsidenten des Parlaments, aus Hirnforschung, Politikberatung und politischer Praxis.

Die Zeit läuft – und die Politik hinterher? Beschleunigter Parlamentarismus

Prof. Dr. Norbert Lammert MdB
Präsident des Deutschen Bundestages

„Die Zeit läuft und die Politik hinterher – das ist die mir gestellte Frage bzw. Vermutung, und meine erste Antwort lautet: Im Grundsatz ja. Wie denn eigentlich sonst?“ fragt Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert MdB zu Beginn seines einführenden Vortrags. Politik sei prinzipiell betrachtet immer das

Fundamentale Veränderungen der Rahmenbedingungen

Reagieren auf Ereignisse und das Umsetzen von Erfahrung, die man in der Vergangenheit gemacht habe, erklärt Lammert. Und selbst da, wo sie mit dem Anspruch der Gestaltung für zukünftige Entwicklungen auftrete, beziehe sie ihren Gestaltungsehrgeiz regelmäßig aus Erfahrungen und Vermutungen, die sich aus zurückliegenden Ereignissen für die mehr oder weniger überschaubare Zukunft ergeben.

Dass es eine Reihe von fundamentalen Veränderungen der Rahmenbedingungen gegeben habe, die nicht nur die Politik betreffen, setzt Lammert als bekannt voraus und nennt die Stichworte Digitalisierung und Kommunikation. „Wir leben zum ersten Mal in einer Zeit, in der eine Information an jedem Platz der Welt gleichzeitig verfügbar ist.“ Die zunehmende Diskussion über Informationsaufnahme und Informationsverarbeitung, aber auch Kommunikation in Echtzeit, führt für Lammert zu der äußerst problematischen Folge, dass Politiker, die nicht in Echtzeit auf signalisierte Ereignisse reagieren, schon den Verdacht gegen sich haben, nicht auf der Höhe der Zeit zu sein.

Dabei handele es sich nicht um eine exklusive Anforderung an die Politik. Die „verrücktesten Ausprägungen“ dieser fundamentalen Veränderung der Rahmenbedingungen sieht Lammert auf den Finanzmärkten, „wo in unglaublich kurzen Taktzeiten unglaubliche Mengen an Transaktionen stattfinden.“ Der Umstand, dass sie in dieser Kombination von Geschwindigkeit und Menge individuelles Handeln überfordern, führe folgerichtig zu computergesteuerten Reaktionen.

Der ständig steigende Aufwand für Kommunikation habe für die Politik beachtliche Folgen. Zwar habe es auch in klassischen Demokratien schon einen, allerdings in großzügigeren Abständen zu messenden, Kommunikationsbedarf gegeben. Nach Lammerts Eindruck hat sich indes sowohl die Zahl der täglich und stündlich für bedeutsam, zumindest aber für sendefähig und sendebedürftig gehaltenen Informationen, als auch die Erwartung, dass darauf reagiert werden müsste, explosionsartig

Ständig steigender Aufwand für Kommunikation

vermehrt: Die Deutsche Presseagentur habe noch vor zwanzig Jahren täglich 120 Agenturmeldungen gesendet, heute schicke sie täglich 750. „Das ist zunächst einmal eine statistische Relation und bedeutet einfach nur signifikant mehr“, erklärt Lammert. Ob es sich dabei allerdings auch um signifikant wichtigere Nachrichten handele, sei eine andere Frage, merkt Lammert an. Die Politik könne sich weder die Großzügigkeit erlauben, den größeren Teil dieser Informationen schlicht zu ignorieren, noch könne sie die ihr gestellten Aufgaben mit einem Mindestmaß an Ernsthaftigkeit lösen, wenn sie von dem Ehrgeiz geplagt wäre, auf alle diese Informationen in irgendeiner Weise reagieren zu wollen.

Lammerts Sorge ist, dass Politiker gleichwohl von der Versuchung getrieben sind, der zweiten Erwartung Rechnung tragen zu müssen: „Mein Eindruck ist, dass auch und gerade in der Politik ein immer größerer Teil der Zeit für Kommunikation verwendet wird, so dass das Verhältnis zwischen Informationsaufnahme, Informationsverarbeitung und Kommunikation mit Dritten einen immer größeren Teil eines endlichen Zeitbud-

gets frisst.“ Und deswegen müsse jeder für sich seine eigene individuelle Lösung finden, wie er zwischen dem für unvermeidlich gehaltenen Kommunikationsbedarf auf der einen Seite und dem Kerngeschäft, das für Politiker nicht die Kommunikation darstelle, eine tragfähige Brücke schafft. Lammert hält in diesem Zusammenhang die Aufstellung stabiler Zeitraster für wünschenswert, jenseits derer das angestrebte, ausbalancierte Verhältnis nicht mehr gewahrt sei. Aus der Kommunikation als Rahmenbedingung der Politik drohe immer die Hauptsache zu werden.

Einen Zielkonflikt, vor dem die Politik regelmäßig stehe, wenn sie komplexe Probleme lösen soll, sei zum Beispiel das Krisenmanagement im Euro-Raum. Gerade zu diesem Thema

Politik ist kein Hochleistungssport

sei evident, dass alle einschlägigen, entscheidungsbedürftigen Sachverhalte von Fachleuten aus der Wissenschaft, aber auch aus der betroffenen Wirtschaft, mit sich wechselseitig ausschließenden Empfehlungen versehen werden.

Politik stellt für Lammert jedoch keine Kunst dar, wie Otto von Bismarck behauptet haben soll, „aber eben auch keine Sportart und schon gar keine Hochleistungssportart.“ Für Lammert liege die eigentliche Aufgabe der Politik darin, mit Hilfe geeigneter Verfahren den regelmäßigen Konflikt unterschiedlicher Interessen in einer für alle zumutbaren Weise aufzulösen; in Deutschland werde diese Aufgabe allerdings im Zweifel „mit teutonischer Gründlichkeit“, also aufwändiger angegangen: „Nirgendwo erlaubt sich eine vergleichbare Gesellschaft ein vergleichbar hohes Maß an nebeneinander existierenden po-

Politik ist ständig im Krisenmodus

litischen Entscheidungssystemen wie wir“, erläutert Lammert und verweist auf die kommunale Selbstverwaltung, Länder mit eigener Staatlichkeit, den Bund und Europa.

Lammert sieht Politik nahezu ständig in einem Krisenmodus. Dabei bestünde die Erwartung, dass die Bewältigung der Krise schnell erfolgen müsse, was wiederum drohe, auf Kosten der Gründlichkeit, der Ernsthaftigkeit und der Seriosität zu gehen. „Sie können jeder für sich einmal die Frage beantworten, ob das, was in Europa stattfindet, ein Problem ist, das auf zu geringer Geschwindigkeit bei der Justierung von ökonomischer und politischer Integration beruht, oder ob wir die Probleme gerade deswegen haben, weil wir den gesamten europäischen Integrationsprozess übereilt und uns mehr zugetraut haben, als unter Berücksichtigung der Realitäten wirklich zu leisten war.“ Ähnlich ließen sich diese Fragen auch zur Energiewende oder Afghanistan stellen.

„Ist Politik nun eigentlich zu schnell oder ist sie zu langsam? Und wann ist sie zu schnell und wann ist sie zu langsam?“ Lammert hält fest, dass sich diese Fragen so allgemein nicht beantworten lassen. Dennoch weiß er um das Erfordernis, mit Blick auf die Organisation politischer Entscheidungsprozesse auf die veränderten Rahmenbedingungen adäquat zu reagieren. „Auch da laufen wir unvermeidlicherweise der Zeit hinterher“, so Lammert. Er veranschaulicht dies anhand des Bundesverfassungsgerichts, mit dessen Entscheidungen auch und gerade in Krisenzeiten der fehlende exklusive Gestaltungsanspruch der Regierung augenscheinlich werde. Hier erhalte man einen „sehr ambivalenten Eindruck vom Glanz und Elend schneller und langsamerer Entscheidungsprozesse, vom heldenhaften Durchhauen von Knoten und dem sorgfältigen Aufdröseln von Zusammenhängen, einschließlich der sich damit verbindenden, denkbaren Alternativen.“

Hinsichtlich der „jüngeren Errungenschaft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland“, der „Piratenpartei“, merkt Lammert mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der Vorläufigkeit zwei Befunde an: Erstens hätte es diese schnelle Blüte einer solchen politischen Bewegung vermutlich nicht gegeben, wenn ein beachtlicher Teil der deutschen Bevölkerung und ihrer Wahlberechtigten nicht den Eindruck hätte, dass das politische System eine Entwicklung zu verschlafen drohe, der man mit verfügbaren Mitteln auf den Weg helfen müsse. Und zweitens seien „Die Piraten“, was die Nutzung der neuen Medien und ihrer Multiplikationsmöglichkeiten betreffe, dem etab-

Fortschritt bedeutet Richtung, nicht Tempo

lierten Parteiensystem um Längen voraus. Gleichzeitig mehrten sich nach Beobachtungen Lammerts aber bereits die Indizien dafür, dass der Nachweis des „virtuosen Umgangs mit der Methodik“ allein nicht ausreiche. Das Bedienen dieser Systeme ersetze nicht politischen Gestaltungswillen, „auch nicht die Mühsal der Urteilsbildung.“ Bedauerlicherweise habe der Typus des zupackenden Politikers gegenüber dem sorgfältig abwägenden in der Bevölkerung einen Sympathievorteil.

Der amerikanische Schriftsteller Thornton Wilder habe bereits vor 50 Jahren zum Fortschrittsbegriff gesagt: „Unter Fortschritt versteht man eher das Tempo als die Richtung“, erinnert sich Lammert und appelliert abschließend an die Tagungsteilnehmer: „Genau das müssen wir korrigieren! Weil der Fortschritt sonst Opfer des Beschleunigungswahns wird und das Risiko zunimmt, dass wir unter tatsächlichem oder gefühltem Zeitdruck nicht die bestmöglichste, sondern die schnellstmögliche Entscheidung treffen.“

Erdrückende Dominanz der kurzen Frist: Wie tickt die Politik aus Sicht der Gehirnforschung?

Prof. Dr. Gerald Hüther
Universität Göttingen

Für den Neurobiologen Prof. Dr. Gerald Hüther ist das Hirn mit einem sozialen System vergleichbar. Es gehe im Hirn wie in der Gesellschaft um Beziehungen. Im Hirn seien es die Beziehungen zwischen Nervenzellen, in der Gesellschaft ginge es eben um Beziehungen zwischen Menschen. Die Disziplin der Hirnforschung beginne allerdings erst heute mit dem, was Politik seit alters her tue, meint Hüther und denkt dabei an den Prozess der Selbsterkenntnis: „Wir fangen gerade erst an zu begreifen, dass unser Hirn ein soziales Organ ist, das sich auf eine Art und Weise organisiert, wie es die Politik erst noch lernen muss.“ Das Hirn habe laut Hüther eine Lösung gefunden, die man für das soziale System noch suche. So käme es für das Hirn nicht so sehr darauf an, immer mehr Ressourcen zu verbrauchen, um weiter zu wachsen. Stattdessen könne es auf seine Fähigkeit zurückgreifen, die Beziehungen zwischen den Nervenzellen zu intensivieren und sie auf diese Weise zu verbessern. Insofern lohne es zu beobachten, wie das Hirn mit Problemstellungen umgeht, um dann eine Idee davon zu bekommen, wie Ordnungsstrukturen in der Politik aussehen könnten.

Wie wird nun aber im Hirn Ordnung geschaffen? Relativ einfach, beantwortet Hüther seine Frage selbst. Am Anfang des Lebens würden mehr Verknüpfungsmöglichkeiten bereitgestellt, als man tatsächlich benötige. Später werde dann geprüft, welche dieser Beziehungen tatsächlich relevant seien. Damit handele es sich um einen Prozess der Selbstorganisation. „Und wenn ich mich nicht täusche, wird dieser Begriff

Prozess der Selbstorganisation

Selbstorganisation ein Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts werden“, prophezeit Hüther und erläutert: „Selbstorganisation ist etwas, was man nicht machen kann. Selbstorganisation muss sich immer selbst organisieren.“ Allerdings wäre es schon heute möglich, dafür einen Rahmen zur Verfügung zu stellen – im Hirn bezeichne man diesen als Erfahrungsraum. Darin könnten sich die Netzwerkstrukturen so vernetzen, wie es für eine allseits wünschenswerte Entfaltung der im Hirn angelegten Potentiale erforderlich wäre. Eine optimale Entfaltung dieser Potentiale sei nämlich noch nicht erfolgt. „Potentialentfaltung ist daher aller Voraussicht nach der zweite Schlüsselbegriff für das 21. Jahrhundert“, ergänzt Hüther seine Voraussage.

Das Hirn sei zudem nicht am kurzfristigen Erfolg orientiert, sondern am Gelingen. Seine Strukturen richten sich folglich nicht am Inhalt der Aufgaben aus, die man zu erledigen hat, sondern an ihrer Bedeutsamkeit. „Das Hirn fragt immer, was ist wirklich wichtig? Und darum kümmert es sich“, erklärt der

Wir brauchen eine Potentialentfaltungskultur

Neurobiologe. Bei dem vom Bundestagspräsidenten zuvor erwähnten Zeitdruck steht dieser für das Hirn im Fokus der gesamten Aufmerksamkeit, und zwar mit der Frage, wie man sich von dem Druck befreien kann. „Ob Sie das dahinter befindliche Problem wirklich lösen können, ist nicht das Thema des Hirns“, erläutert Hüther weiter. Daraus ließe sich ableiten, dass sich unter Druckbedingungen keine kreative Lösung finden lässt. Die einfachste Lösung sei daher, auf altbewährte Muster zurückzugreifen. „Denn unter Druck entsteht keine Potentialentfaltungskultur“, so die These Hüthers.

Essentiell für eine soziale Gemeinschaft wäre schließlich die Schaffung einer Potentialentfaltungskultur. Doch statt die Kreativität, den Entdeckergeist und die Freude am Lernen zu befördern, setze man die jungen Leute unter Druck. Politik habe für den Hirnforscher folglich die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, innerhalb derer sich Potentiale frei entfalten können. Auch habe Politik die Aufgabe, daran zu erinnern, worauf es eigentlich ankomme. Wenn dies nicht gelänge, erwartet Hüther ein Auseinanderbrechen des Systems in Bedeutungslosigkeit, „dann zerfallen unsere Familien, unsere sozialen Systeme, und der Prozess der Bedeutungsinflation führt dazu, dass dies alles immer schneller vonstatten geht.“ In einem solchen Fall könnte es sein, dass Selbstorganisation wiederum dazu beiträgt, dass die Beschleunigung solange erfolgt, „bis wir endlich selbst erkennen, wo wir uns geirrt haben“, überlegt Hüther weiter und schließt: „Und das wäre dann eine wunderbare politische Erkenntnis.“

Knappe Zeit, erschwerte Beratung? Erfahrungen eines Ökonomen aus dem Politikalltag

Prof. Dr. Lars P. Feld
Sprecher des Kronberger Kreises
und Leiter des Walter Eucken Instituts

Der Ökonom und Sprecher des Kronberger Kreises Prof. Dr. Lars P. Feld versteht unter Ordnungspolitik nicht einfach nur das Setzen von Recht, denn auch mit Rechtsetzung könne interventionistisch agiert werden, indem man wiederholt versucht, in laufende Prozesse einzugreifen. Ordnungspolitik unterscheide sich von der Prozesspolitik, indem sie die Rahmenbedingungen vorgebe. „Es geht um die großen Rahmenbedingungen, die man setzt, damit sich die Individuen zur Entfaltung ihres Potentials bestmöglich in die Gesellschaft einbringen können, und zwar so, wie sie das selbst für richtig halten“, erklärt Feld und stimmt in diesem Punkt mit seinem Vorredner, dem Neurobiologen Prof. Dr. Gerald Hüther, überein.

In einem ordnungspolitisch ausgerichteten System spielten sich politische Prozesse als tagespolitisches Geschäft ab, in dem unterschiedliche Akteure unterwegs sind. Neben Politikern gehörten nicht nur Interessengruppen, sondern auch die Verwaltung bzw. die Bürokratie zu den Akteuren. Auch die Gerichtsbarkeit insbesondere in Form des Verfassungsgerichts sei von Bedeutung. Die Wähler spielten eine weitere große Rolle. „Politik läuft ja nicht im luftleeren Raum ab, sondern muss auch zwischen Wahlzeitpunkten immer sehen, dass sie genügend Unterstützung für ihre Politik findet, und dazu gehört auch die Politikberatung. Die Vorstellung jedoch, dass man für bestimmte Fragestellungen einfach nur einen Berater als Experten zu einem bestimmten Thema zu fragen braucht“, erklärt Feld, „diese Vorstellung ist meines Erachtens sehr unmodern.“ Politik sei darüber hinaus zum Austarieren von Interessen da, erläutert der Leiter des Walter Eucken Instituts. Politik soll versuchen, die Interessenskonflikte so zu lösen, dass möglichst wenig Reibungsverluste entstehen. „Das sind

Austarieren von Verteilungsinteressen

dann in der ökonomischen Diktion immer Verteilungsinteressen, die hier eine Rolle spielen.“ Das Privileg der Politikberatung in Deutschland auch im Unterschied zu anderen Ländern sei, dass sie als unabhängige Politikberatung fortwährend Effizienzgesichtspunkte in den Vordergrund stellen dürfe. Das Spiel sei das Spiel um Verteilungsinteressen, genauer das Austarieren von Verteilungsinteressen. Der Effizienzgesichtspunkt sei dabei ein wichtiger, aber nicht der zentrale Punkt in diesem politischen Spiel. „Ich kann zwar immer wieder versuchen, meine Position klar zu machen“, antwortet Feld auf eine Nachfrage, „aber mehr auch nicht.“ Es gebe allerdings eine Reihe von Weichenstellungen, an denen gerade auch Ökonomen beteiligt gewesen seien.

Je hektischer und mediengetriebener der Politikbetrieb geworden sei, umso schneller müssten auch Politikberater darauf reagieren. Das bedeute, dass auch bei den wirtschaftspolitischen Beratern das ordnungspolitische Denken immer mehr in den Hintergrund rücke: „Es wird alles funktionalistischer, und vor allem wird es fehleranfälliger.“

Gleichwohl stelle sich vor diesem Hintergrund die Frage, wie viel Zeit bliebe, um Fragen zu beantworten. Es ginge folglich darum, die Entschleunigung von den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen her zu organisieren. Das funktioniere jedoch nicht bei allen Entscheidungen, manche müssten über Nacht getroffen werden. „Es muss also unter Umständen möglich sein, auch rein exekutivisch zu entscheiden, und das muss im nächsten Schritt hinreichend an die normalen Entscheidungsprozesse rückgebunden sein.“ Feld weist in diesem Zusammenhang auf die Finanz- oder die Eurokrise hin, bei der man allerdings im Vorhinein hätte klären müssen, wie die Währungsverfassung in Zukunft gestaltet sein soll. „Wie wünschen wir uns eigentlich diesen Ordnungsrahmen“, fragt Feld und sieht einen Lösungsvorschlag in dem vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgelegten Konzept, das in Anlehnung an eine Studie des Kronberger Kreises „Maastricht 2.0“ genannt wurde.

„Wichtig ist, dass man Politikberatung als einen Mechanismus begreift, bei dem man im Grunde nur Informationen bzw. Lösungsansätze vor dem Hintergrund einer möglichst effizienten Politikgestaltung ins Geschehen einbringt.“ Wenn auch die Lösung häufig nur zwischen Pest und Cholera liege, sei es immer noch besser, man habe eine Lösung als keine, schließt Feld seinen Einblick in die Politikberatung.

Bedeuten Beschleunigung und Globalisierung einen Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten?

Kerstin Andreae MdB und Dr. Klaus von Dohnanyi im Gespräch mit Margaret Heckel

In einem weiteren Perspektivwechsel treffen die beiden erfahrenen Parlamentarier Dr. Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a.D., und Kerstin Andreae MdB, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, aufeinander. *Andreae* berichtet über die im Zusammenhang mit dem Euro und den in Kürze erfolgten und zuweilen auch als „alternativlos" bezeichneten Entscheidungen: „Sie kriegen eine Unmenge an Papieren, an Vertragsentwürfen, teilweise auf Englisch, die Sie dann innerhalb kürzester Zeit durcharbeiten und zu denen Sie Entscheidungen treffen müssen. Auch müssen Sie diejenigen mitnehmen, die sich nicht so sehr mit Wirtschafts- und Finanzpolitik beschäftigen, sondern beispielsweise mit Landwirtschaftspolitik."

Die Politikberatung sei beim Einarbeiten in fremde Sachverhalte durchaus hilfreich gewesen, auch die Vorschläge des Sachverständigenrates seien in die Debatte eingeflossen: „Wir benötigen externe Beratung, wir können es nicht allein schaffen und müssen diejenigen zurate ziehen, die sich mit den Themen der letzten Jahre viel intensiver beschäftigt haben", erläutert die stellvertretende Fraktionsvorsitzende. „Unsere Aufgabe ist dann zu entscheiden, welchem Vorschlag wir folgen", so Andreae. „Das ist eine spannende Zeit, aber sie ist auch extrem anstrengend. Wir sind uns alle der Verantwortung bewusst, die wir hier haben."

Dohnanyi hingegen ist Parlamentsabgeordneter zu Zeiten gewesen, als Globalisierung und auch Digitalisierung zum Teil noch Fremdwörter waren, auch Smartphones gab es damals

Die wahre Aufgabe der Politik: Anpassung

noch nicht. Er verweist auf den Soziologen Norbert Elias und sein Buch „Der Prozess der Zivilisation" aus dem Jahr 1936, nach dem es darauf ankomme, mit immer neuen Kommunikationswegen entsprechend human umzugehen. „Das war immer so und das ist heute so", sagt Dohnanyi, weshalb man begreifen müsse, dass sich der Mensch den Gesetzen der Evolution, denen er unter anderem unterworfen sei, nicht entziehen könne. „Und das heißt zugleich Beschleunigung und Notwendigkeit zur Anpassung – das sind zwei Gesetze der Evolution."

Da es sich beim Menschen um konkurrenzorientierte Lebewesen handele, sei es erforderlich, sich in gewissem Umfang anzupassen. „Und die Kunst, das zu tun und das menschlich zu tun," so Dohnanyi, „das ist die wahre Aufgabe der Politik." Damit ein Leben gelinge, sei es notwendig, Komplexitäten zu reduzieren, ergänzt der Hamburger. „Das ist die ganze Kunst des Lebens." Das gelte selbstverständlich auch für die Politik: „Die Kunst, Komplexitäten zu reduzieren und daraus Prioritäten zu bilden und Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden."

Auch hinsichtlich der Beratung stimmt er Andreae zu: „Niemand weiß weniger im Ausgangspunkt über die Einzelheiten, über die er zu entscheiden hat, als der Politiker, denn er ist sozusagen ein hochgebildeter Dilettant." Er könne nicht gleichzeitig die Automobilindustrie und die Digitalisierung verstehen. „Ein Politiker, der meint, dass er von den Dingen, die ihm begegnen, mehr versteht als der Sachverständige, der ist ein Tor!"

Im Gegensatz zum Hirnforscher Prof. Gerald Hüther glaubt Dohnanyi nicht, dass der Mensch in der Lage sei, seine Grundanlagen zu verändern. „Wir sind ein auf Wettbewerb ausgerichtetes Lebewesen, manche sagen, wir sind ein böses Raubtier, was ja vielleicht auch in gewisser Weise stimmt. Indem wir aus unserem eigenen Antrieb heraus immer neue Freiheiten schaffen, schaffen wir zwangsläufig immer mehr Wettbewerb, und Wettbewerb beschleunigt."

Dies habe er auch bei Immanuel Kant in dessen Traktat „Zum ewigen Frieden" gelesen. Danach schaffen Freiheit und Frieden eine kommerzielle Welt. „Finito, das ist die Lage!" Und infolgedessen sei es nach Dohnanyi die Aufgabe der Politik, die Aufgabe des Menschen, sich sozial und menschlich an eine solche, von den Menschen selbst geschaffene Entwicklung, anzupassen, und zwar sozial anzupassen, aber nicht zu unterwerfen. „Nichts anderes ist es, wenn wir Herrn Feld oder

andere kluge Leute ökonomisch oder soziologisch befragen, wie sie uns am besten helfen können."

Andreae bestätigt, dass Wettbewerb beschleunigt: „Der Mensch an sich, das ganze System auch im Rahmen der Marktwirtschaft, ist natürlich unter anderem darauf ausgerichtet, besser zu sein." Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen stimmt auch dem Unionspolitiker und Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert zu, dass es beim Fortschritt letztlich auf die Richtung ankomme und nicht auf die Geschwindigkeit: „Da war ich sehr froh, denn ich glaube, das ist der Punkt, um den es geht." Es wäre jedoch erforderlich, dem Wettbewerb auch ein qualitatives Besserwerden entgegenzusetzen, was wiederum zu einer Entschleunigung beitragen könne. Die Gesellschaft wünsche sich weniger hierarchische Arbeitsstrukturen, eine Veränderung der Arbeitskultur, genossenschaftliche Strukturen, letztlich eine „solidarische Ökonomie". Andreae warnt allerdings auch ihre eigene Fraktion und Partei, dass die Regulierungsmöglichkeiten in diesem Punkt sehr begrenzt seien.

Ob es um Geschwindigkeitsbegrenzung im Straßenverkehr oder im Aktienhandel geht, für *Dohnanyi* handelt es sich immer um Freiheitsbeschränkungen. Anpassungsprozesse führten zu notwendigen Freiheitsbeschränkungen in einer freien Welt. Man könne den Computerhandel mit Aktien verbieten, nur werde er in Teilen Asiens weiterhin stattfinden. Dasselbe gelte für die Finanztransaktionssteuer. Auch müssten die Banken in Europa den Banken in anderen Ländern im internationalen Wettbewerb gewachsen sein. Wer nicht verstanden habe, dass in der ganzen Wirtschaftsgeschichte die Banken bzw. die Finanzierung eine zentrale Rolle gespielt haben, der rede leicht über solche Veränderungen, ohne ihre Konsequenzen zu sehen.

Für Dohnanyi ergeben sich als Folge von Freiheit Anpassungsprozesse und Anpassung bedeute Selbstbestimmung. Man müsse also in der Lage sein, unter Anerkennung der Bedingungen, die man selbst nicht ändern kann, sich dennoch zu behaupten. „Infolgedessen bin ich zum Beispiel ein radikaler Föderalist, bis hin zur Kommunalisierung von Aufgaben." In einer beschleunigten Welt sei dezentrale Verantwortung die einzige, die am Ende wirklich tragfähig sei. „Man muss in Europa dieses Thema der Dezentralisation oder auch Subsidiarität nach vorn treiben und das heißt, den Möglichkeiten der Anpassung im Rahmen von Freiheit wirklichen Spielraum zu geben." Dohnanyi findet, dass die wahre Aufgabe der Politik heute darin bestehe, Verantwortung richtig zu verteilen. „Das

Petra Pissulla, die Direktorin der Dräger-Stiftung, bedankt sich am Ende der Tagung für die Aufmerksamkeit und das Engagement, die dem Thema von allen beteiligten Seiten gewidmet wurden.

Dr. Klaus von Dohnanyi (re.) neben der Moderatorin Margaret Heckel.

heißt Dezentralisieren, das heißt Kommunalisieren und das heißt in Europa den Nationalstaaten mehr Raum zu geben."

Andreae knüpft daran an und kommt auf den „Geburtsfehler" der Wirtschafts- und Währungsunion zu sprechen, die sie nur zur Hälfte vollendet sieht. Es handele sich zwar um eine Währungsunion, aber nicht um eine Wirtschaftsunion. Man müsse sich darüber Gedanken machen, wie wirtschaftliche Integration möglich sein kann und was im Bereich der Fiskal-, der Sozial- und der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene

Subsidiarität, wo möglich, Abgabe, wo nötig

gemacht werden muss. „Solange wir hier in Deutschland nicht verstehen, dass wir manche Dinge auf europäischer Ebene mit den anderen europäischen Ländern sehr intensiv diskutieren müssen und solange wir auch nicht bereit sind zu akzeptieren, dass eine Wirtschafts- und Währungsunion noch nicht zu Ende geführt ist, muss weiter nachgedacht werden im Sinne von *Subsidiarität, wo möglich und Abgabe, wo nötig.*"

Die Moderatorin ***Margaret Heckel*** fragt in diesem Zusammenhang nach, ob Beschleunigung und Globalisierung einen Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten bedeuten. ***Dohnanyi*** sieht bereits seit Jahrhunderten den Verlust von Gestaltungsmöglichkeiten infolge der Globalisierung. Er versteht ihn als einen alten Prozess verbunden mit einem beständigen Druck. Angesichts der Inbetriebnahme der Eisenbahn oder der Erfindung der mechanischen Webstühle in Großbritannien seien die Unterschiede heute nur minimal.

Andreae sieht ebenfalls den Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten, da die Komplexität, die Themenvielfalt und die einzelnen Akteure dem Ganzen eine Dynamik gäben, dass es auch ein „Hinterherhinken" gebe. Schnell sei eine Entscheidung gefällt, bevor man überhaupt in der Lage gewesen sei, den eigenen Bewusstseinsprozess zu Ende zu führen. Gleichzeitig gebe es aber auch einen Gewinn von politischen Gestaltungsmöglichkeiten, „da wir heute in einem sehr viel höheren Maß auch den Rahmen, in dem wir uns bewegen, in dem sich unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft bewegt, mit beeinflussen können."